

KIRCHENREPUBLIK DEUTSCHLAND

Obwohl in Deutschland mittlerweile mehr konfessionsfreie Menschen leben als Katholiken oder Protestanten und obwohl die Kirchen kaum noch Rückhalt für ihre Glaubensaussagen finden, ist es den christlichen Großkirchen in den letzten Jahrzehnten gelungen, ihren Einfluss auf die Politik noch zu steigern.

Ihre Institutionen und Veranstaltungen werden vom Staat weiterhin mit Milliardensummen subventioniert. Und natürlich genießen sie auch weiterhin das Privileg, Andersdenkende zu diskriminieren, selbst wenn dies gegen die europäische Charta der Grundrechte verstößt.

Aber damit nicht genug: In Gesetzestexte gegossene Kirchendogmen reglementieren das Leben der Bürgerinnen und Bürger von der Wiege bis zur Bahre – ja, sogar darüber hinaus, wie die Bestimmungen zum Umgang mit Embryonalzellen (PID) oder mit der Asche Verstorbener (dank »Bestattungszwang« nicht im eigenen Garten zu verstreuen!) zeigen.

Womit ist es zu erklären, dass die Kirchen trotz schwindender Verankerung in der Bevölkerung solch großen Einfluss auf die Politik haben? Antwort: **Mit der engen personellen Verflechtung von Kirche und Staat, deren verblüffende Dimensionen nun erstmals in Carsten Frerks neuer Studie »Kirchenrepublik Deutschland« aufgedeckt wurden.**

TRENNUNG VON STAAT UND KIRCHE

Angesichts der intimen Beziehung von Staat und Kirche ist es kein Wunder, dass parlamentarische Stellungnahmen zur Sterbehilfe-Debatte oft wie Verlautbarungen von der Kirchenkanzlei klingen. Dies mag auch daran liegen, dass im aktuellen Bundeskabinett kein einziger konfessionsfreier Mensch zu finden ist.

Die Bürgerinnen und Bürger sollten diese Dominanz kirchlicher Interessen nicht länger hinnehmen – zumal sich selbst Kirchenmitglieder mehrheitlich eine andere, freiheitlichere Politik wünschen. Protestieren Sie deshalb mit uns gegen eine »Kirchenrepublik«, die die Interessen der Bevölkerungsmehrheit missachtet. **Es ist Zeit für eine konsequente Trennung von Staat und Kirche in Deutschland!**

BUCHEMPFEHLUNGEN

Uwe-Christian Arnold / Michael Schmidt-Salomon
»Letzte Hilfe – Ein Plädoyer für das selbstbestimmte Sterben«
Rowohlt Verlag 2014, 240 Seiten
ISBN: 978-3-498-09617-5

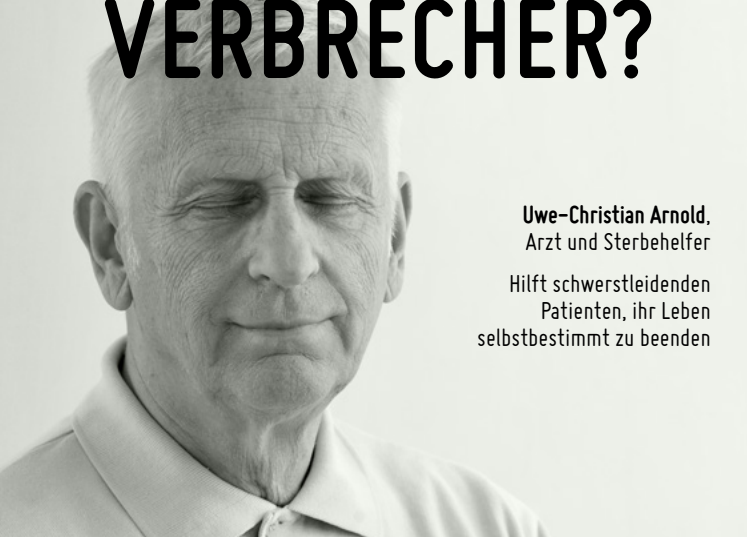


Carsten Frerk
»Kirchenrepublik Deutschland«
Alibri Verlag 2015, ca. 300 Seiten
ISBN: 978-3-86569-190-3
Erscheint am 10.11.2015



»WÄRE ES DA NICHT DOCH EINFACHER, DIE REGIERUNG LÖSTE DAS VOLK AUF UND WÄHLTE EIN ANDERES?« BERTOLT BRECHT

VERBRECHER?



Uwe-Christian Arnold.
Arzt und Sterbehelfer

Hilft schwerstleidenden
Patienten, ihr Leben
selbstbestimmt zu beenden

VOLKSVERTRETER?



Angela Merkel.
Bundeskanzlerin

Setzt sich gegen den Willen
von 80 % der Bevölkerung
für ein Verbot der Suizidhilfe ein

VERBRECHER?



Ludwig A. Minelli.
Gründer von Dignitas

Hilft schwerstleidenden
Patienten, ihr Leben
selbstbestimmt zu beenden

SELTEN WAR DIE KLUFT ZWISCHEN BEVÖLKERUNG UND POLITIK SO OFFENSICHTLICH WIE IN DER FRAGE DER STERBEHILFE

Während über 80 Prozent der deutschen Bürgerinnen und Bürger meinen, dass schwerstleidende Menschen das Recht haben sollten, bei einem Freitod professionell begleitet zu werden, will die Mehrheit der Politiker den (bislang noch erlaubten) assistierten Suizid unter Strafe stellen.

Dass sich die politisch Verantwortlichen gegen den expliziten Willen ihrer Wählerinnen und Wähler stellen, scheint sie nicht zu stören. Auch kümmert es sie nicht, dass die Mehrheit der Experten (Juristen wie Mediziner) entschieden gegen die Einführung eines neuen Strafrechtsparagrafen votiert.

So wandten sich über 140 deutsche Strafrechtslehrer im April 2015 mit einer gemeinsamen Resolution gegen ein strafrechtliches Verbot der Suizidhilfe. Auch medizinische Fachgesellschaften lehnen jeden neuen Strafrechtsparagrafen strikt ab.

Bevölkerung und Experten sind sich einig: Der Staatsanwalt gehört nicht ans Sterbebett! Dennoch stellen die Verbotsbefürworter im Parlament derzeit die Mehrheit. Wie ist das zu erklären?

IN DER POLITIK GEHT ES WENIGER UM ARGUMENTE ALS UM INTERESSEN. DAHER SOLLTE MAN SICH STETS FRAGEN, WER VON ENTSCHEIDUNGEN PROFITIERT.

Im Fall des Verbots der Suizidhilfe liegen die Profiteure auf der Hand, wie Uwe-Christian Arnold und Michael Schmidt-Salomon in ihrem Buch »Letzte Hilfe – Ein Plädoyer für das selbstbestimmte Sterben« aufgezeigt haben:

- **Die Pharmaindustrie erwirtschaftet etwa ein Viertel ihres Umsatzes mit Medikamenten, die Patienten in ihrer letzten Lebensphase einnehmen.** Entsprechend groß ist ihr Engagement in Sachen Sterbehilfe, damit es zu keinen Gewinnverlusten kommt.
- **Auch Kliniken und Pflegeheime haben großes Interesse daran, dass schwerstleidenden Patienten der Notausgang verschlossen wird.** Denn das »Geschäft mit der Leidensverlängerung« ist nachweislich sehr viel lukrativer als das behauptete »Geschäft mit dem Tod«.
- **Die christlichen Kirchen profitieren gleich in zweifacher Hinsicht von einem Verbot der Sterbehilfe:** Erstens wirtschaftlich als Betreiber von unzähligen Kliniken, Alters- und Pflegeheimen (Caritas und Diakonie sind die größten nicht-staatlichen Arbeitgeber Europas) sowie zweitens ideologisch in ihrer Rolle als »Wertevermittler«. Allen Bürgern soll die Vorstellung aufgezwungen werden, dass uns das Leben von »Gott« geschenkt wurde, weshalb wir angeblich nicht selbst über unser eigenes Leben und Sterben verfügen dürfen.

LOBBYISTEN SCHREIBEN GESETZE

Als Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe Anfang 2014 mit dem Plan, die Suizidhilfe zu verbieten, an die Öffentlichkeit trat, lag ihm bereits ein entsprechender Gesetzesentwurf vor. Formuliert wurde dieser Entwurf – **wen wundert's? – von einer Gruppe von Pharmaunternehmen, Klinikbetreibern und Kirchenvertretern.**

Dass Lobbyisten als »Experten« an der Gestaltung neuer Gesetze mitwirken, ist bekannt. Unbekannt ist aber den meisten Bürgerinnen und Bürgern, dass es eine Gruppe von Lobbyisten gibt, die so sehr in die parlamentarische Arbeit integriert ist, dass sie nicht einmal auf der Liste der beim Deutschen Bundestag registrierten Lobbyisten erscheint: **Die Vertreter der christlichen Großkirchen genießen das Privileg, nicht als Vertreter von Partikularinteressen betrachtet zu werden, obwohl sie die deutsche Politik seit Jahrzehnten in ihrem Sinne stärker beeinflussen als jede andere außerparlamentarische Kraft.**